

Antrag
(Alternativantrag)

der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/13003 –

Unsere Geschichte als Mahnung – Demokratiebildung in Kita und Schule nachhaltig stärken

Der Landtag stellt fest:

Was geschieht, wenn ein totalitäres, demokratiefeindliches und menschenverachtendes Regime an die Macht gelangt, mussten wir in der Vergangenheit bitter erfahren. Es ist in unser aller Verantwortung, dass sich das dunkelste Kapitel unserer Geschichte, das in der Verfolgung, Vertreibung und Ermordung von Millionen von Menschen seinen grausamen Höhepunkt fand, nicht wiederholt. Daher ist uns unsere Geschichte nicht nur eine Erinnerung, sondern in erster Linie eine Mahnung, unsere offene, vielfältige und demokratische Gesellschaft stets gegen alle zerstörerischen Kräfte zu verteidigen.

Voller Sorge beobachten wir in diesem Zusammenhang den zunehmenden Antisemitismus in unserer Gesellschaft. Ob offen von rechts, subtil verpackt in diversen Verschwörungstheorien oder als Vorurteile in den Köpfen der Menschen – jede Form des Antisemitismus darf in unserer Gesellschaft keinen Raum finden.

Doch auch andere gesellschaftliche Gruppen sind zunehmend Hass und Hetze ausgesetzt. Unser Ziel ist es nicht erst dann zu reagieren, wenn gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bereits ihren Nährboden gefunden hat, sondern bereits den ersten Ansätzen den Boden zu entziehen. Erziehung, Bildung und Aufklärung sind hier das beste Mittel, denn unsere Kinder und Jugendlichen von heute gestalten die Gesellschaft von morgen. Wenn wir wollen, dass auch sie die Chance haben, in einer freien und gerechten Gesellschaft zu leben, müssen sie den Wert der Demokratie kennen und schätzen.

Demokratie lernen heißt Demokratie leben. Nur so können sie erfahren, wie unverzichtbar ein demokratisches Miteinander, ein respektvoller Umgang sowie die wechselseitige Achtung sind. Unser Ziel ist es, junge Menschen weiterhin zu demokratischen Bürgerinnen und Bürgern zu erziehen, die den Wert und die Verletzlichkeit unserer Demokratie kennen.

Demokratieerziehung fängt bereits in der Kita an. Schon hier erfahren Kinder eine demokratische Kultur, die auf der Wertschätzung eines jeden Menschen unabhängig von Herkunft, Aussehen, Alter, Religion, geschlechtlicher Identität, sexueller Orientierung oder Behinderung basiert.

Auch an unseren Schulen lernen und leben sie Demokratie: Hier wird nicht nur das Wissen über demokratische Prozesse vermittelt, sondern die Kinder und Jugendlichen werden im Zuge der weiteren Demokratisierung der Schulen in wichtige Entscheidungen eingebunden. Die Unterrichtsfächer Geschichte und Sozialkunde sind in diesem Zusammenhang besonders bedeutsam und wirken fächerübergreifend

Hand in Hand, unabhängig von der Schulart. Aber auch in allen anderen Fächern wird demokratisches Wissen und demokratisches Handeln gelehrt und in der gesamten Schulgemeinschaft interdisziplinär gelernt.

All unsere Schulen vermitteln Wissen und Grundwerte, die wir aktiv leben und entschlossen stärken wollen. Dazu gehören Toleranz und Respekt und der Einsatz gegen konkrete Bedrohungen wie Extremismus, Populismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Sexismus, Chauvinismus, Behinderten-, Queer- und Wissenschaftsfeindlichkeit.

Für uns ist klar: Jede Form der Menschenfeindlichkeit und der Missachtung freiheitlich-demokratischer Regeln des Zusammenlebens, egal aus welchen Gründen und aus welcher Richtung, hat in unserer Gesellschaft keinen Platz. Dabei steht außer Frage: Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus müssen für uns immerwährende Ermahnung und Verpflichtung bleiben. Dies ist nicht allein die Aufgabe eines Unterrichtsfachs, sondern muss über die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer Geschichte, Sozialkunde und Erdkunde bzw. Gesellschaftslehre hinaus fest in der Schule etabliert sein. In jeder Schule muss fächerübergreifend deutlich werden, wie unverzichtbar Demokratie ist, aber auch, dass sie nicht selbstverständlich ist und aktiv erlernt und gelebt werden muss. Nur so können Kinder und Jugendliche dafür stark gemacht werden, später als mündige Bürgerinnen und Bürger der immer wieder drohenden Spaltung der Gesellschaft entgegenzutreten und unsere freiheitlich-demokratischen Grundwerte zu verteidigen.

Der Landtag begrüßt:

- die wichtige Bedeutung der Demokratiebildung in unseren Kitas und Schulen als unverzichtbare gesellschaftliche Grundhaltung;
- den Ausbau der Demokratiepädagogik in unseren Kitas als Grundlage zur Einübung von Partizipation, Werten und Haltung;
- den Dreiklang schulischer Demokratiebildung als Gesamtkonzept bestehend aus
 1. Erinnern an die Verbrechen der Nazidiktatur und das historisch-kritische Bewusstsein für unsere Geschichte und die Lehren, die daraus für das Heute und Morgen zu ziehen sind;
 2. Lernen und Leben von Demokratie in unserer Gegenwart;
 3. Europäisches Miteinander;
- das Engagement vieler Schulgemeinschaften im Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“;
- die große Beteiligung von Schulen an den Demokratieangeboten des Landtags wie zum Beispiel zum Schulbesuchstag, Schülerlandtag, die vielfältigen Schulklassenprogramme im Grundschul- und Sekundarschulbereich;
- die Bedeutung der Demokratiebildung in der Lehrerbildung inklusive des verpflichtenden Besuchs einer Gedenkstätte;
- die vielfältigen Weiterbildungsmöglichkeiten für Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte im Bereich der Demokratieerziehung;
- die Maßnahmen, dass alle Schülerinnen und Schüler im Laufe ihrer Schullaufbahn mindestens einen besonderen Ort der Demokratie wie zum Beispiel eine Gedenkstätte, Archive, Parlamente besucht oder Zeitzeugen erlebt haben sollen;
- dass die Mitbestimmungsrechte der Schülerinnen und Schüler im Zuge der Novellierung des Schulgesetzes ausgeweitet wurden, sodass sie aktiv demokratisch mitbestimmen können und in Entscheidungsprozesse eingebunden sind;
- den sukzessiven Ausbau des Sozialkundeunterrichts ab dem Schuljahr 2021/2022 um insgesamt zwei Wochenstunden sowie den Ausbau der Gesellschaftslehre;
- die Einrichtung einer neuen zentralen Servicestelle für schulische Zeitzeugen- und Gedenkarbeit im Pädagogischen Landesinstitut zum Schuljahr 2019/2020, die Lehrkräften Beratung und Vernetzung bietet und mit neuen Unterrichtsmaterialien versorgt;

- dass im Zuge der KMK-Präsidentschaft von Rheinland-Pfalz das Thema Europa-bildung in der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schule zum Leitthema gemacht wurde, um die große Bedeutung europäischer Werte und von demokratischem Miteinander zu verdeutlichen;
- dass die Landesregierung Austauschprogramme und Schulpartnerschaften unterstützt, sodass Schülerinnen und Schüler durch persönliche Begegnungen mit Menschen aus anderen Ländern interkulturelle Kompetenzen verfestigen können.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- zeit- und schülergemäße Angebote der Geschichtsvermittlung weiterzuentwickeln und auszubauen, zum Beispiel durch digitale Formate sowie hybride Formen des Lehrens und Lernens in Zusammenarbeit mit außerschulischen Lernorten wie Gedenkstätten oder Archiven;
- sicherzustellen, dass die „Koordinierungsstelle für schulische Gedenkarbeit und Zeitzeugenbegegnungen“ Schulen dabei unterstützt, Vorhaben der regionalen und lokalen historischen Forschung und Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus mit entsprechenden Partnern umzusetzen und Beispiele guter Praxis bekannt zu machen;
- vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen, der Demokratiebildung weiterhin einen hohen Stellenwert beizumessen und Maßnahmen mit Projektpartnern wie zum Beispiel der Mercator-Stiftung, SCHLAU oder auch ProFamilia dauerhaft zu unterstützen;
- zu prüfen, wie das wichtige Programm „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“ gestärkt und zur besseren Unterstützung der Schulen vor Ort die regionalen Koordinierungsstellen und das Angebot von Online-Workshops weiter ausgebaut werden können;
- Schulleitungen und Lehrkräfte im Umgang mit Antisemitismus, Rassismus und Diversity zu unterstützen und dazu auch die Expertise der Ansprechpersonen beim Pädagogischen Landesamt im Sinne von Diversity Management effektiv einzubeziehen;
- unseren Lehrkräften entsprechende Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote dauerhaft sicherzustellen, damit Demokratiebildung als Aufgabe der gesamten Schulgemeinschaft gelebt wird;
- sicherzustellen, dass bei der Überarbeitung der gesellschaftswissenschaftlichen Lehrpläne Demokratiebildung berücksichtigt und aktuelle Herausforderungen (z. B. Umgang mit Fake News, Hatespeech, Verschwörungstheorien, europäische Entwicklungen, Migrationspolitik, Pandemien) zeitgemäß behandelt werden;
- den Jugendpreis für Zivilcourage der Landesregierung explizit für Schülerinnen und Schüler weiterzuentwickeln, die sich in besonderer Weise gegen Extremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, zum Beispiel Antisemitismus und Rassismus engagieren;
- sich für die Herabsetzung des Wahlalters in Rheinland-Pfalz auf 16 Jahre einzusetzen, um Jugendlichen auch an der Wahlurne die Chance demokratischer Mitbestimmung zu ermöglichen.

Für die Fraktion der SPD:
Martin Haller

Für die Fraktion der FDP:
Marco Weber

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Pia Schellhammer